

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Verkauf und Verteilung: Drag II., Arzánska 18. • Kreibitz: 20703, 31469. • (Nachdruck): 20707 • Beilagsamt: 57344

11 Jahrgang.

Samstag, 19. Dezember 1931

Nr. 295.

Bankengesetz grundätzlich vereinbart.

Prag, 18. Dezember. (Amtlich.) Heute fanden den ganzen Tag Beratungen des Ministerkomitees über die Regierungsvorlage des sogenannten Bankgesetzes statt. Es wurde die ganze Vorlage durchbesprochen und die Standpunkte der Parteien näherten sich soweit, daß das Einverständnis über die grundsätzlichen Bestimmungen der Vorlage gesichert ist.

Sturmjungen im Nationalrat.

Wien, 18. Dezember. (N.) Im Nationalrat brachten heute die Sozialdemokraten die vorgestrigen blutigen Ereignisse in Boitsberg (Steiermark) zur Sprache. Die Sozialdemokraten richteten gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie ihren Weisungen an die Exekutiv-Organen nicht den nötigen Nachdruck verleibe. Sie verlangten eine streng objektive Untersuchung, insbesondere darüber, wie es zum Waffengebrauch der Gendarmerie gekommen sei.

Innenminister Winkler gab eine Darstellung der Ereignisse, worauf der sozialdemokratische Abg. Dr. Deutsch das Wort ergriff. Schon während der Rede des Sozialdemokraten Ruzitsch war es zu Zwischenrufen seitens des Heimatblodes und zu Gegenrufen der Sozialdemokraten gekommen, die sich während der Rede des Dr. Deutsch zu unbeschreiblichen Szenen verstärkten.

Die Mitglieder des Heimatblodes hinderten durch fortgesetzte lärmende Zwischenrufe Dr. Deutsch am Reden. Plötzlich verließen die Sozialdemokraten ihre Sitze und machten Miene, sich auf den Heimatblock zu stürzen. Abgeordnete anderer Parteien warfen sich dazwischen und verhinderten so ein Handgemenge. Im Tumult wurde die Sitzung unterbrochen.

Um 15 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Präsident Dr. Renner rief eine große Anzahl von Abgeordneten wegen beleidigender Äußerungen zur Ordnung. Darauf setzte Dr. Deutsch seine Rede fort. Als er der Aufforderung des Heimatblockabgeordneten, sich zu entschuldigen, nicht nachkam, begannen die sechs Mitglieder des Heimatblodes mit den Pulsbedeln zu schlagen, was die Sozialdemokraten veranlaßte, sich um die Rednertribüne zu scharen, und ostentativ Beifall zu klatschen. Die lärmenden Kundgebungen von beiden Seiten wurden durch Ordnungsrufe des Präsidenten beendet.

Französisch-englische Reparationsberatungen.

Paris, 18. Dezember. Heute haben zwischen Vertretern des französischen Finanzministeriums und des englischen Schatzamtes Vorberatungen über die beide Länder betreffenden finanziellen Probleme, insbesondere über die Reparationsfrage, begonnen.

So schaut die Legalität aus!

Berlin, 18. Dezember. Bei einer Durchsichtigung der Akten der nationalsozialistischen Sturmabteilungen in Schöneidenstraße wurde von der Polizei ein ollen Sturmabteilungen zugegangener Geheimbefehl beschlagnahmt, in welchem es u. a. heißt:

Der Kampf um die Machtergreifung tritt in ein neues Stadium. Die Ereignisse gehen einer überhitzten Entscheidung entgegen. Im wahren Sinne des Wortes wird zum letzten Male zum Sturm gebeten. Die Sturmabteilungen wurden geschaffen, um für die Aufgaben, die sie übernehmen sollen, bereit zu sein. Die Sturmabteilungen wollen diesen Winter zur Ausbildung benötigen, um für die großen kommenden Aufgaben gerüstet zu sein.

26 verhaftete Mitglieder der Sturmabteilungen lehnen es ab, über die im Geheimbefehl angeordneten Übungen auszusagen. Sie berufen sich hierbei auf den geheimen Charakter des ihnen erteilten Befehls.

Mittrauensantrag in Preußen abgelehnt

Berlin, 18. Dezember. Der preussische Landtag lehnte den deutschnationalen Mittrauensantrag des Finanzministers Klepper mit 217 Stimmen der Regierungsparteien gegen 177 Stimmen der Opposition ab.

Der Puffschiffenhauptling freigesprochen.

Ebenso alle seine Mitangeklagten.

Graz, 18. Dezember. Heute nachmittags wurde das Verfahren im Hochverratsprozess gegen Pfriemer abgeschlossen und der Gerichtshof zog sich hierauf zur Urteilsberatung zurück. Um halb 7 Uhr erschienen die Geschworenen wiederum im Saal und der Obmann verkündete die Antwort auf die erste Hauptfrage, die auf Hochverrat gegen Pfriemer lautete.

Diese Frage wurde von den Geschworenen mit zwölf Stimmen verneint, ebenso bei allen übrigen Angeklagten. Das Publikum wollte in Beifallskundgebungen ausbrechen, wurde aber vom Vorsitzenden zur Ruhe verwiesen.

Die Angeklagten wurden hierauf in den Saal geführt und der Vorsitzende verkündete den Freispruch aller Angeklagten, die sofort freigelassen und vor dem Gerichtsgebäude von Heimwehrlenten stürmisch begrüßt wurden. Eine große Menschenmenge begleitete Pfriemer in sein Hotel.

Die Republik verraten und verkauft...

Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Wien, 18. Dezember. (Eigenbericht.) Der sozialdemokratische Parteivorstand erläßt einen Aufruf, in dem zunächst festgestellt wird, daß es ein wohl gefiehrtes Klassengericht war, das die Hochverräter freigesprochen hat; nicht ein einziger Arbeiter sah auf der Geschworenenbank. Die Regie hat vorzüglich geklappt. Alle die Bezirkshauptleute und Gendarmeriekommandanten mit dem Herrn Landeshauptmann an der Spitze waren bemüht, für die Verräter an der Republik Stimmung zu machen. Zwei Tote liegen in Boitsberg auf der Bahre; auch dies war notwendig, um die Geschworenen für den Freispruch zu gewinnen. Weiter heißt es:

Die Republik ist verraten und verkauft von denen, denen ihre Sicherheit anvertraut ist. Wir verstehen eure Gefühle und teilen sie. Deshalb mahnen wir Euch pflichtgemäß, auch angesichts dieser aufreizenden Tatsache eure kaltblütige Besonnenheit zu bewahren. Das Unglück des 15. Juli darf sich nicht wiederholen. Durch das Urteil ermutigt, rüsten die Aristokraten, die Generale und Kapitalisten, die an der Spitze der Heimwehr stehen, zu einem neuen Putsch. Täglich verkündet Starhemberg die nahende Revolution. Wir können uns nicht mehr darauf verlassen, daß die Staatsgewalt die Republik verteidigen wird.

Wir werden unsere Freiheit das nächstmal selbst verteidigen müssen. Die Vorbereitungen unserer Abwehr schleunigst zu voll-

enden, das muß unsere Antwort auf das Urteil von Graz und die Schüsse von Boitsberg sein. Wir wollen keinen Bürgerkrieg, aber wir sind keine feigen Hunde, die sich von einer kleinen Minderheit bewaffneter Banditen niederwerfen läßt.

Wenn sie uns entrechtet und versklaven wollen, dann werden wir uns wehren. Dann auf den Trümmern des geschlagenen Faschismus wird das wahre Volksgewicht über die Faschisten tagen. Dann kommt die Stunde der Sühne für alles freiblerisch vergossene Arbeiterblut! Darum keine Unbesonnenheiten, keine Wutausbrüche, keine nutzlosen Demonstrationen. Wir werden unsere Kraft nicht vergeuden, sondern zusammengeballt halten für die entscheidende Stunde!

Siegesteier doch nicht gestattet.

Wien, 18. Dezember. Biewohl das Verbot aller öffentlichen Versammlungen und Umzüge in ganz Oesterreich erst morgen in Kraft tritt, wurde doch der Heimwehr in Graz die Veranstaltung einer Demonstration und des beabsichtigten Fackelzuges nicht gestattet. Die steirische Landesregierung erließ schon während des heutigen Tages in eigener Kompetenz ein ähnliches Verbot, das um 18 Uhr in Kraft trat. Ein starkes Polizei- und Gendarmerieaufgebot wird den ganzen Abend für die Einhaltung des Verbotes sorgen.

Der Linkssieg in der Pariser Kammer.

Paris, 18. Dezember. Ueber die Bedeutung der gestrigen Abstimmung in der Kammer, in der die Regierung mit ihrem Wahlreformgesetzentwurf, der die Abschaffung des zweiten Wahlganges vorsieht, eine Niederlage erlitt, schreibt das linksstehende „Cenve“, daß die Linksparteien nicht auf einen so raschen Sieg gefaßt waren. Die gestrige Abstimmung stelle das Begräbnis des Entwurfes dar. Auch „Le Rouvelle“ glaubt, daß es nicht leicht sein werde, das Wahlreformgesetz in irgendeiner Form wieder zum Leben zu erwecken. „Echo de Paris“ fürchtet, daß dieser Sieg der Linksparteien eine mächtige Strömung auslösen werde, gegen die anzukämpfen schwer sein werde.

Aber das Rüstten geht weiter...

Paris, 18. Dezember. Die Kammer hat heute ohne Debatte die vom Marineminister geforderten Kredite für das Rüsttenbauprogramm 1932 angenommen. Dieses Programm sieht für die Zeit vom 1. April 1932 bis 31. März 1933 die Inangriffnahme des Baues von vier Kreuzern zweiter Klasse, eines Torpedobootzerstörers und eines Torpedobootes vor. Der Marineminister wird ermächtigt, auch in die Budgets von 1932/33 bis 1936/37 einschließlich eine Gesamtsumme von 1.216.990.000 Franken für den Bau dieser Schiffe und für ihre Ausrüstung einzustellen.

Gehalt in Raten

bei den österreichischen Bundesbahnen.

Wien, 18. Dezember. (N.) Die Generaldirektion der Oesterreichischen Bundesbahnen wird im ersten Halbjahr 1932 an jedem Monatsersten 60 Prozent und am 15. jeden Monats 40 Prozent der ständigen Bezüge an die Bundesbahndienstlichen zur Auszahlung bringen, mindestens wird jedoch jeder Bedienstete am 1. jedes Monats den Betrag von 150 Schilling ausbezahlt erhalten.

„Arbeitsdienstplicht“.

Das Los der Arbeiter im Dritten Reich

Von Aba. Franz Kaufmann.

„Man wird, wenn der Volkswille gelingt, zu Hungerlöhnen arbeiten müssen. Der Hungerlohn wird Tatsache werden. Die Arbeitsdienstplicht wird bis zur letzten Konsequenz durchgeführt. Man wird lernen müssen, Schwarzbrod zu essen. In den Arbeitslagern wird man sich mit zwanzig Pfennig Stundenlohn begnügen müssen. Man wird die Männer zur Zwangsarbeit in die Fabriken führen.“

So sprach der Stahlhelmführer Dr. Busch in einer großen Versammlung in Kachen, kurz vor dem Volkswille in Preußen im August d. J.

In einem Entwurf zu Notverordnungen für die „Übernahme der Gewalt bei einem nationalsozialistischen Putsch in Hessen, die vom Gerichtsassessor Dr. Best ausgearbeitet und vom heftigen Landtagsabgeordneten Schäffer der preussischen Regierung übergeben worden war, heißt es in den Richtlinien:

„Richtlinien für eine Notverordnung über die Arbeitspflicht.“

Jeder Deutsche (Juden usw. nicht) männlichen und weiblichen Geschlechtes ist vom 16. Lebensjahr zur Dienstleistung verpflichtet, ausgenommen Mitglieder der S. A. (nationalsozialistische Sturmabteilungen) und Landwehr. Anspruch auf Ernährung ist abhängig von der Erfüllung der Dienstpflicht.

Die „Dienstpflicht“ wird also ein wichtiges Inventarstück des sogenannten Dritten Reiches, für das auch die im nationalsozialistischen Lager mitwirkenden Arbeiter und Angestellten kämpfen. Aber nicht nur bei diesen beiden Anlässen springt dieses uns für Aug' und Ohr neue Wort besonders hervor, ohne daß wir es beachten, wir sehen und hören dieses Wort immer häufiger, ohne uns über seine Bedeutung Rechenschaft zu geben. Viele ausländische bürgerliche Zeitungen treten für die Einführung der „Dienstpflicht“ in offener oder versteckter Form ein, auch in tschechoslowakischen deutschen Tageszeitungen können wir öfter darüber lesen, ohne daß eine einzige dieser Zeitungen das Problem klar aufzeigt und ihre Leser über das Wesen der Dienstpflicht informiert. In der letzten Zeit können wir auch in illustrierten Zeitungen, ja sogar im Tonfilm sehen, wie herrlich das Leben des Dienstleiters ist.

Es wird Zeit, daß aufgezeigt wird, was die Dienstpflicht ist, daß vor allem den Arbeitern, auch den nationalsozialistischen, die Augen geöffnet werden, damit sie nicht blind eine Sache mitmachen, die ihnen auf Jahrzehnte ihre Freiheit vernichten, sie zu Sklaven machen kann, damit eine kleine Clique in Wohlleben und schrankenloser Befriedigung ihrer Herrschaftsgelüste ihr Erdendasein verbringen kann. Im günstigsten Falle bedeutet die Arbeitspflicht

die Wiederkehr der Robott.

die der Bauernbesitzer Hans Studlich durch seinen Antrag im Wiener Reichstag von 1848 von den Bauern genommen hat. Robott der Arbeiter, Wochen oder Monate jedes Jahr ohne Lohn unter militärischer Disziplin und Arbeitsordnung vorerst für den Staat und später auch für den Kapitalismus arbeiten, sich selbst für die nicht dienstplichtige Zeit die Arbeit wegnehmen, dann als Kurzarbeiter und Arbeitsloser, in seiner Widerstandskraft gebrochen, der privaten Ausbeutung schrankenlos ausgeliefert zu sein, das ist die Wirkung der Dienstpflicht.

Schon gibt es in Bautzen, Lüdingen und mehreren anderen Orten Deutschlands sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst, bei dem sich Arbeiter und Studenten freiwillig anbieten, jene vor allem auf der Flucht vor der Arbeitslosigkeit. Arbeitsdienst ist kein neuwoher Begriff mehr, sie ist eine Tatsache, eine Gefahr, vor der die Arbeiter gewarnt werden

müssen. Der Bahnbrecher für diese neueste Form restloser Ausbeutung und Sklaverei ist Bulgarien, das Land brutalster Woywodenherrschaft, des größten kulturellen und industriellen Rückstandes. Von Oberstleutnant J. Diakov wurde ein Arbeitsdienstpflichtgesetz ausgearbeitet, das am 10. Juni 1920 von der gesetzgebenden Körperschaft beschlossen und durch ein Zusatzgesetz vom 9. November 1921 ergänzt wurde. Nach diesen Gesetzen ist jeder (?) Staatsbürger verpflichtet, zwischen dem 20. und 24. Lebensjahr 8 Monate unter der Arbeitsdienstpflicht zu arbeiten. Die ersten 2 bis 3 Monate gelten der Einarbeitung, der Rest produktiver Arbeit. An diese „aktive Arbeitsdienstzeit“ reihen sich bis zum 40. Lebensjahr jährliche Dienstleistungen, die nur bis zu 21 Tagen dauern dürfen. Während dieser Zeit wird der Arbeitsdienstleister, da er von seiner Familie losgelöst leben muß, vom Staat, oder der Gesellschaft, für die er arbeitet, militärisch bequartiert und verpflegt. Von einer Entlohnung ist keine Rede, die bisherigen freiwilligen Dienstleister in Deutschland erhalten neben dem Strohsack in der Baracke und dem Essen ein „Taschengeld“.

In Bulgarien besteht das Arbeitsdienstpflichtgesetz nun zehn Jahre und nicht nur der bulgarische Staat ist von dem Resultat der Ausbeute aufs äußerste befriedigt, sondern auch hohe Militärs und Wissenschaftler in anderen Staaten sind des Lobes voll, so zum Beispiel Major a. D. Schreiber, Loebenburger und Prof. Dr. Walter Hoffmann, Direktor des Mitteleuropa-Institutes, Dresden, die als genaue Kenner der Arbeitsdienstpflicht von den Unternehmern gerühmt werden. Daß sie dazu alle Ursache haben, geht nicht allein aus den ohne Lohn erzielten Leistungen hervor, die besonders in der Unternehmerrasse als Beispiel aufgezählt werden, sondern noch mehr aus einer im Jahr 1930 von Oberstleutnant Diakov verfaßten Broschüre, in der er das Problem „Arbeitsdienstpflicht“ für Oesterreich behandelt. Bei Anpassung des bulgarischen Systems auf Oesterreich fordert Diakov zweierlei:

1. ein Arbeitsdienstjahr für alle volltauglichen Männer im erreichbaren 21. Jahre; für alle volltauglichen Mädchen im 16. Lebensjahr.
2. eine vorübergehende Arbeitsdienstpflicht. Sie soll eine „volkswirtschaftliche“ Ergänzung des Arbeitsdienstjahres zur vollständigen Ausschöpfung des Arbeitsmarktes darstellen. Sie umfaßt nach dem Vorschlag Diakovs alle arbeitsfähigen männlichen österreichischen Staatsbürger vom 21. bis 40. Lebensjahre, die in dieser Zeit jedes Jahr 2 bis 4 Wochen Arbeitsdienst zu leisten haben.

Vorerst sind in dem österreichischen Plan des Herrn Diakov als Arbeit vorgeesehen: Straßenbauten, Flugregulierungen, Erbauung von Wasserkraftanlagen, Urbarmachung von Weidland, aber auch schon der Bergbaubetrieb. Herr Diakov geht, wie wir sehen, in Oesterreich weiter, er greift schon nach jenem Zweig der Wirtschaft, der das Urvolk zum Wärme- und Kraftzeugen liefert. Es wird nach meiner Ueberzeugung dabei nicht stehen bleiben.

Interessant und lehrreich für die Arbeiter ist der Gewinn, den der Herr Oberstleutnant

als guter Geschäftsmann den österreichischen Unternehmern herausrechnet.

Durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht sollen in dem kleinen Oesterreich allein 61 Millionen Schilling (305 Millionen Kr an Wägen erspart werden. Außerdem berechnet er, die durch den Arbeitsdienst geschaffenen Werte mit rund 91 Millionen Schilling (455 Millionen Kr). Der Gesamterfolg wird also auf 152 Millionen Schilling (760 Millionen Kr) berechnet, wovon fast die Hälfte vom direkten Lohnraub resultiert.

Daß dem modernen Ausbeutertum bei solchen Perspektiven das Herz im Leibe lacht, ist begreiflich, ebenso, daß sich sofort zur Betreibung der Erreichung dieses Zieles ein Bund für Arbeitsdienstpflicht (Wien VII-62) gebildet hat, dem namhafte Persönlichkeiten angehören sollen.

In Deutschland ist das Problem noch intensiver umstritten und betrieben worden und dort kommen zu den Stahl-, Kohlen-, Farben- und Textilindustrien und noch die von ihrer Gnade lebenden Stahlhelmer und Hitlerianer, die die Einführung der Arbeitsdienstpflicht propagieren und kaum erwarten können. Die Entlastung des Arbeitsmarktes, die Unterbringung Hunderttausender Arbeitsloser wird auch da als Hauptargument benützt, in der Hoffnung, daß niemand fragt: „Ja, warum kann die für den Arbeitsdienst plötzlich vorhandene Arbeit nicht unter einem normalen Arbeits- und Lohnverhältnis auch vorhanden sein und durchgeführt werden?“

Schon 1924 wurde in Hamburg die „Deutsche Monatschrift für Arbeitsdienstpflicht“ herausgegeben und der „Deutsche Bund für Arbeitsdienstpflicht“ geschaffen. Im April 1930 wurde die Reichsarbeitsgemeinschaft für „Deutsche Arbeitsdienstpflicht“ gegründet, welcher bereits über 60 Organisationen angehören. Alle zwei Monate finden gemeinsame Beratungen von Vertretern dieser Organisationen statt. Im September 1930 bildete sich aus Kreisen der politischen Mitte ein „Kuratorium für Arbeitsdienstpflicht“, welches einen „Volkshund für Arbeitsdienstpflicht“ zu betreiben hat. Zur selben Zeit arbeitete die Wirtschaftspartei einen aus 24 Paragraphen bestehenden Gesetzentwurf zur Durchführung der Arbeitsdienstpflicht aus und brachte ihn als Antrag im Reichstag ein. Auch das Reichsarbeitsministerium hat sich bereits mit der Frage beschäftigt und Berechnungen über die Vorteile der Arbeitsdienstpflicht angestellt. Es hat ausgerechnet, daß ein Arbeitsdienstpflichtiger im Jahr 3000 Mark, also viermal so viel als ein erwerbsloser Jugendlicher, der Arbeitslosenunterstützung bezieht, kosten würde. Die Arbeitsdienstpflichtfanatiker haben festgestellt, daß die Rechnung des Reichsarbeitsministeriums falsch ist und das ein Arbeitsdienstpflichtiger nicht mehr als 1200 Mark im Jahr kosten darf.

Das ist der Kurs, den die Hitler, Busch und Genossen in Deutschland und Staroberg, Pfriemer und Genossen in Oesterreich steuern:

Der Lohnraub soll Gesetz werden.

Neben die Blutsteuer soll noch eine Wirtschaftssteuer durch Arbeitsleistung ohne Lohn treten.

Bei der rationalisierten Wirtschaft ist das, was bleibt, eine Zeit verschärfter Arbeitslosigkeit und Not. Die Propagatoren des Arbeitsdienstes glauben auf Kosten der Arbeiter die Wirtschaft sanieren zu können, sie werden sich irren, denn die lohnlose Arbeit mag dem Staat oder den betreffenden Unternehmungen Millionen Einkommen schaffen, der Wirtschaft wird damit nicht nur nicht geholfen, sondern schwer geschadet, weil die Summen des für die Wirtschaft lebenswichtigen zirkulierenden Kapitals, des Lohnes, fast auf Null herabgesetzt werden. Es wird also damit nur der jetzige Krisenzustand verewigt. Da die Salenkreuzler und Heimwehler Verfechter der Arbeitsdienstpflicht sind, stehen sie Schulter an Schulter mit den ärgsten Feinden der Arbeiterklasse in einer Front,

gegen die es nur eines gibt, die geschlossene Front der Arbeiter in großen mächtigen Gewerkschaften, die auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehen und den Kampf gegen jedwede Versklavung der Arbeiter mit allen Kräften führen. Die Arbeiter haben zu wählen, ob sie sich mit Hitler und Staroberg verbünden, die Sklaventaten selbst anlegen wollen, oder als Mitglied einer freien, alle Arbeiter umfassenden Gewerkschaft die Versuche dieser im Dienste des Großkapitals und der bürgerlichen Reaktion wirkenden Verfälscher der Arbeiterbewegung, sie in jahrzehnte währende Sklaverei gefesselt, der schrecklichsten Ausbeutung auszuliefern, erfolgreich abwehren wollen!

Mieterschutzprovisorium angenommen.

Herr Dr. Kalas unzufrieden. — Ergötzliche Bahlerei der Kommunisten.

Prag, 18. Dezember. Nach längerer Aussprache, an der sich in der Mehrzahl Vertreter der Opposition beteiligten, wurde heute im Parlament das sechsmonatige Mieterschutzprovisorium, das dann schon durch ein definitives Wohnungsgezet auf lange Zeit ersetzt werden soll, angenommen.

Der Referent Langr erklärte, sicher würden die Mieterungen die nicht befriedigen, die eine Erhöhung der Mietzinsen erhofften; man könne aber in dieser Zeit nicht mit einer neuen durchgreifenden Befassung des kleinen Mannes kommen; angeht die schweren Wirtschaftslagen konnte von einer Liquidierung des Mieterschutzes nicht die Rede sein.

In der Debatte kam fast allgemein der Wunsch nach Mietzinsberabsetzung in den Neubauten zum Ausdruck. Auch der Hausrentnervertreter Dr. Kalas entdeckte auf einmal sein Herz für die armen Teufel, die in Neubauten hohe Miete zahlen müssen; die billigeren Miete wären schon längst da, wenn auf dem Wohnungsmarkt die freie Konkurrenz vorhanden wäre usw. Die größte Schuld an der künstlichen Aufrechterhaltung des Mieterschutzes hat natürlich das Fürsorgeministerium. Dann operiert er wieder mit der unglücklich dummen Statistik, daß der Wohnungszuwachs in den letzten Jahren um ein paar Prozent höher ist als der Bevölkerungszuwachs, wobei er natürlich absichtlich übersieht, daß von den heutigen „Wohnungen“ in den Arbeiterquartieren ein hoher Prozentsatz diesen Namen überhaupt nicht verdient. Der neue Entwurf des Ministeriums, erklärte er, werde nur sehr schwer er Gegenstand einer Vereinbarung sein können.

Schwer hatten es auch die Kommunisten, die vor zwei Tagen im „Rude Pravo“ noch schnüchig hofften, daß das Provisorium irgendwelche Bestimmungen haben werde, die die kleinen Mieter treffen. Dieser fromme Wunsch ist ihnen nicht in Erfüllung gegangen und so stellte sich heute Herr Strelka auf eine andere Tonart um: Daß es nicht zum völligen Abbau des Mieterschutzes gekommen sei, sei angeblich keineswegs ein Verdienst der Sozialisten, sondern — der kommunistischen Partei und ihrer roten Gewerkschaften! Um doch einen Grund zu haben, gegen die Vorlage zu stimmen, hatten sie ein eigenes Gesetzeswerk ausgearbeitet, dessen Annahme sie verlangten.

Von der AWG trat Dr. Peters unerblickt für die „allmähliche“ Liquidierung des

Mieterschutzes ein, um die soziale Spannung zwischen Gleichbedienten zu beheben.

Nach dem Schlusswort wurde zunächst ein Senatsbeschluss auf Abänderung einiger strafrechtlicher Bestimmungen und dann auch der Mieterschutz in beiden Lesungen ohne Aenderung angenommen.

Die Vorlage über den Aufschub des Steuerüberwälzungsverbots wurde heute nicht erledigt; die Agrarier, die für sich selbst generelle Steuerabschreibungen und Moratorien nach Noten reklamieren, haben plötzlich ihr Herz für die Staatskasse entdeckt, die angeblich zu sehr geschädigt würde. Für ein Entgegenkommen bezüglich der umstrittenen Resolution über die Stärkemehlbeimischung dürften sie anscheinend aber mit sich reden lassen; jedenfalls kann man damit rechnen, daß die Vorlage morgen doch noch angenommen werden wird.

Warten auf das Bankgesetz.

Für die morgige Sitzung wird doch noch, zumindest nach der an anderer Stelle veröffentlichten Verlautbarung der Regierung, die Auflegung des in den letzten Tagen in ununterbrochenen Sitzungen eines eigenen Ministerkomitees vorbereiteten Bankengesetzes erwartet. Dispositionen über dessen parlamentarische Behandlung sind jedoch noch nicht getroffen. Auch in Koalitionskreisen wird aber vielfach der Meinung Ausdruck gegeben, daß ein derart umfangreiches und wichtiges Gesetz nicht ohne gründliche Prüfung durch das Parlament verabschiedet werden könne, auch wenn andererseits wichtige Gründe für dessen möglichst rasche Verabschiedung sprechen.

Die Verhandlungen in Basel.

Basel, 18. Dezember. Eine Vollsitzung des beratenden Sonderausschusses nahm gestern Abend die Berichte der Unterausschüsse entgegen. Der Bericht des statistischen Unterausschusses kommt zu der mit allem Vorbehalt gemachten Feststellung, daß Deutschland aus Auslandsguthaben im Jahre 1932 etwa 300 bis 400 Millionen Reichsmark Einnahmen zieht. Die Verschuldung und Tilgungslast der ausländischen lang- und kurzfristigen Anlagen in Deutschland wird bei dem gegenwärtigen Zinssatz mit 1.600 bis 1.850 Millionen Reichsmark für 1932 beziffert.

Dr. Tolpe's Rache.

Roman von A. Altschul

Auch Franzl, den seine Jugend und sein ganzes Wesen äußeren Eindrücken mehr als empfänglich machte, wurde von diesem allgemeinen Frühlingssinnel erfasst. Er ging wie im Traum einher, er wollte etwas tun, was, das wachte er selbst nicht, er spürte ein brennendes Verlangen nach irgend etwas und fragte sich vergebens wonach. War er mit Erna bekommen, wollte er lieber allein sein, war er allein, sehnte er sich nach Ernas Gegenwart. Eine Sehnsucht nach etwas Unbestimmtem, Herrlichem, Unerreichbarem hatte ihn ergriffen, die jedoch, weil sie auf nichts Bestimmtes gerichtet war, ungestillt bleiben mußte.

Mit Erna kam Franzl jetzt wenig zusammen. Sie hatte plötzlich selten Zeit für ihn. Einmal war sie eingeladen oder mußte sie Beforderungen machen, dann war gerade ein Besuch bei ihr angelegt, kurz sie war jetzt so beschäftigt, daß Franzl sie fast nie zu Gesicht bekam. Und wenn sie schon einmal Zeit für ihn hatte, war es nie länger als eine halbe Stunde.

Franzl hatte sich damit abgefunden. Er lernte bereits lange allein. Seine freie Zeit verbrachte er mit Georg und Gretl. Sie gingen zu Dritt aus, so wie sie es früher zu Viert getan hatten, sprachen von allem, vermieden jedoch ängstlich Ernas Namen oder etwas damit Zusammenhängendes zu nennen.

Abends, wenn Gretl schon zu Hause war, schlenderten Georg und Franzl oft stundenlang durch die Stadt, beide bemüht, den andern auf andere Gedanken zu bringen. Manchmal, wenn schlechtes Wetter war, setzten sie sich noch in ein Kaffeehaus und besprachen die Zukunftsmöglichkeiten.

Georg wollte studieren, Er war mit Leib

und Seele Jurist und machte jetzt schon das Gesetzbuch zu seiner Privatlektüre.

Franzl hatte noch keinen festen Plan für die Zukunft. Er war von unzähligen widerstrebenden Gefühlen durchdrungen, er interessierte sich für alles und für nichts zugleich. Oft sprach er stundenlang kein Wort und dachte über etwas nach, das er schließlich als undurchführbar verworfen, um es jedoch bald wieder aufzugreifen. Dann sprach er wieder viel, über alles, nur über sich selbst nicht.

Georg kannte ihn. Er drang nicht in ihn, da er wußte, daß dies aussichtslos wäre. Auch über Erna fragte er nichts.

Erna hatte sich zurückgezogen. Selbst Gretl, die einmal ihre beste Freundin gewesen war, sah sie nur in der Schule. Das war alles. Wo Erna die übrige Zeit war, was sie machte, wen sie kannte, wußte niemand. Zumindest sprach keiner davon.

Franzl auch nicht. Er versuchte, sich auf alle möglichen Arten zu zerstreuen. Er lernte, ging in ein Kino, las Bücher, aber immer wieder tauchten zwei Bilder vor seinen Augen auf, Erna, und in gar nicht mehr weiter Ferne eine drohende dunkle Wolke, die Matura.

In der Schule war es seit jenem mißglückten Streifzug ruhig geblieben. Nichts hatte sich geändert. Franzl konnte es kaum glauben. Die Vierteljahrskonferenz war vorüber, ohne daß etwas Bemerkenswertes vorgefallen wäre. Tolpe blieb unsichtbar. Seine Strenge, seine Verschrobenheit und sein Haß erschienen Franzl heute in einem anderen Lichte. Er glaubte Tolpe bisher mißverstanden zu haben und war bereit, einen großen Teil der Schuld sich und seinen Mitschülern zuzuschreiben. Tolpe war kein schlechter Mensch, er war nur verblendet, verschroben und altnodisch, aber schlecht und heimtückisch war Tolpe nicht. Das glaubte Franzl aus dem Ergebnis der Jenurkonferenz zu ersehen, in der er trotz seiner revolutionären

Gewinnung gut abgeschnitten hatte. Er fürchtete sich nicht mehr vor der Matura, da er überzeugt war, daß ihm niemand absichtlich Hindernisse in den Weg stellen würde.

Der Tag der Reifeprüfung brach an. Franzl war am Vorabend bald zu Bett gegangen und sprach jetzt, als die Weckuhr läutete, stumm aus den Federn. Ruhig kleidete er sich an und machte sich auf den Weg. Er fühlte sich vollkommen sicher.

Um den großen grünen Tisch saß bereits die Prüfungskommission, bestehend aus einigen Lehrern der Anstalt und einem Abgesandten des Schulministeriums. Franzl setzte sich.

Es lautete, Franzl wurde aufgerufen und zog einen Zettel, auf dem die drei Fragen aus Deutsch verzeichnet waren. Dann mußte er sich in eine abseits stehende Bank setzen und durfte zehn Minuten lang überlegen.

Als diese Zeit verstrichen war, wurde er gerufen und hatte nun zu erzählen.

Diese Fragen waren nicht schwer. „Richard Wagners Leben und Wirken“ und ein Drama von Gerhart Hauptmann. Franzl beherrschte den Stoff.

Der zweite Gegenstand war Französisch. Das war schon bedeutend schwerer, aber der Zufall kam Franzl diesmal zu Hilfe. Die Hauptfrage lautete: „Les Misérables“ von Viktor Hugo und Franzl hatte diesen Roman vor einigen Tagen im Kino verfilmt gesehen. Also war auch diese Gefahr abgewendet.

Die Geographiefragen waren leicht und erst die Buchhaltung schien die Sache wieder kritisch zu machen. Aber auch da entledigte sich Franzl seiner Aufgabe über Erwarten gut und in der darauffolgenden Geschichtsprüfung glaubte er bereits das Spiel gewonnen zu haben. Er mißverstand die bedeutungslosen Vield, die einige Professoren untereinander austauschten.

Die letzte Prüfung, Warenkunde, schien eine Kleinigkeit zu sein.

„Was sind Vitamine?“ lautete die Frage Professor Peterlas.

Franzl beantwortete sie.

„Was ist Peri-Peri?“

Franzl glaubt einen Witz zu hören und lacht.

Dieses Wort hat er nie gehört.

„Also nicht beantwortet.“

„Wie ist die Rohle entstanden?“

Franzl beantwortet die Frage. Sie wird, obwohl richtig beantwortet, als unbeantwortet beurteilt.

„Was für Stärke sehen Sie in diesem Mikroskop?“

Franzl schaut hinein, sieht einige Punkte und sagt: „Weißstärke.“

Professor Peterla nimmt das Präparat heraus, mischt es unter die anderen, niemand kontrolliert es und sagt: „Falsch. Reisstärke.“

Die Prüfung ist zu Ende. Die Kandidaten und die übrigen Zuhörer gehen auf den Gang, weil drinnen jetzt die Beratung stattfindet. Geheime Abstimmung.

Man gratuliert Franzl. „Bravo, Manzberg, hast die Stimmeneinheit sicher. Wäre der Peterla nicht so gemein gewesen, hättest du die Auszeichnung.“

Franzl wahrte ab. „Mit einer Mehrheit bin ich auch zufrieden.“

„Unfinn, wenn du Mehrheit hast, müssen die anderen durchgefallen sein.“

Georg kam die Stiegen herauf.

„Wie geht's?“ fragte er ohne Einleitung, gespannt, das Resultat zu erfahren. Er selbst hatte vor wenigen Tagen mit Stimmeneinheit maturiert.

„Danke, ganz gut“, antwortete Franzl. Er wurde von seinen Mitschülern unterbrochen, die ihre Meinungen, daß Franzl bestimmt Einheit bekommen, nicht oft genug wiederholen konnten.

(Fortsetzung folgt.)

Wie unsere Exportindustrie zugrundegeht.

Erschütternde Feststellungen des Genossen Palme in der Budgetdebatte:

Gerade die Industrien, die wie die Textilindustrie oder die Glas- und Porzellanindustrie zu 80 und 90 Prozent auf den Export angewiesen sind, leiden am meisten unter den heutigen Störungen des Weltverkehrs. Allein

die Textilindustrie

war im Jahre 1929 noch mit 7 Milliarden oder 35 Prozent an unserem Außenhandel beteiligt und hat rund 280.000 Menschen beschäftigt. Seit der Aufteilung Österreich-Ungarns hat sie das alte Wirtschafts- und Absatzgebiet immer mehr und mehr verloren; trotz größter Anstrengungen konnte dieser dauernde Verlust der alten Kundenschaft nicht mehr ausgeglichen werden; gegenüber Ungarn ist der Textilexport in dem verhängnisvollen Jahr sogar um 76 Prozent zurückgegangen. Die letzten Follerhöhungen in den verschiedenen Staaten schädigten unseren Export noch mehr, dazu kommt noch die Verringerung des Inlandmarktes infolge der gesunkenen Kaufkraft der breiten Massen.

Das alles hat dazu geführt, daß heute über 300 Fabriken ihre Produktion eingestellt haben und viele andere nur Kurzarbeit machen lassen. Eine neue Katastrophe für die Textilindustrie bedeutet die neuen englischen Schutzzölle, die auch für die Handweb- und Spinnereizugung des Erzgebirges den Ruin bringen.

In der Glasindustrie

Beträgt der Exportrückgang seit 1929 etwa 400 Millionen; in den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres wurde nur noch eine Exportziffer von rund 800 Millionen erreicht; am geringsten ist von dem Rückgang noch Tafelglas mit 15, am meisten raffiniertes Hohlglas mit 34 Prozent betroffen. Der Durchschnittspreis für exportiertes Glas ist von 624 Kronen pro 100 Kilo auf 540 K gesunken. Die englischen Zölle haben auch die Glasindustrie schwer getroffen.

So daß im November von 260 Glashütten 116 ganz stillgelegt und 14.200 Glasarbeiter, das sind 37,8 Prozent, arbeitslos waren; 17.000 verrichteten Kurzarbeit und nur 6349 Arbeiter, das sind 16,9 Prozent, waren voll beschäftigt.

Unter diesen Verhältnissen leidet besonders die Gabeln- und Schmelzindustrie, die zu 80 Prozent heute brachliegt. In dem Schleifsteinland, dessen Glas- und Schmelzindustrie einst die ganze Welt erobert hatte, ist dank einer verschärfen Zoll- und Handelspolitik die größte Not und das bitterste Elend eingezogen. Nicht besser ist es in Böhmen, in der Böhmerwald- und überall, wo Glashütten stehen. Dieser Zustand muß sich zur Katastrophe steigern, wenn die Unterstützung erschöpft sein wird. Sollen diese Menschen nicht zur Verzweiflung getrieben werden, dann ist es

höchste Zeit, daß eine außerordentliche Notstandsunterstützung unter Einziehung der Unternehmer ehestens verwirklicht wird.

Mit nicht geringeren Schwierigkeiten hat

die Porzellan- und Kaolinindustrie

zu kämpfen, die in den letzten Jahren in etwa 50 Fabriken noch 17.000 bis 18.000 Arbeiter beschäftigt und für 350 Millionen Waren produziert hat, von denen 200 Millionen auf den Export entfielen.

1929 wurde noch für 305 Millionen Porzellan exportiert, 1930 waren es 258 und heuer in den ersten zehn Monaten nur noch 152 Millionen, also ein Rückgang binnen zwei Jahren um 36 Prozent!

Dabei ging der Verkaufswert eines Kilogramms Porzellan von 11,09 K im Jahre 1929 auf 7,81 K im Vorjahre und auf 6,82 K im heurigen Jahre zurück. 20 Prozent der Porzellanbetriebe haben seit dem Kriege zugesperrt, immerhin ist die Kapazität der verbliebenen Werke noch um ein Drittel zu groß. Auch hier bedeuten die neuen englischen Zölle eine neue und schwere Schädigung der verbliebenen Exportmöglichkeiten. Die Folgen werden sich in erster Linie natürlich auf die Arbeiterkraft auswirken. Heuer haben sich bis 10. November 1931 Porzellanarbeiter zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung gemeldet, von 10.000 noch Beschäftigten vertriehen mindestens 60 Prozent Kurzarbeit! Die Löhne werden immer mehr herabgedrückt; und der Würgengel der Tuberkulose greift unter diesen Leuten immer mehr um sich.

Dasselbe Bild zeigt sich in der Feintextilindustrie im Teplitzer Gebiet; auch hier sind von 3300 Arbeitern seit zwei Jahren 25 Prozent abgebaut worden, 35 Prozent der verbliebenen Belegschaft verrichtet Kurzarbeit. Auch hier bedeuten die englischen Zölle eine fertige Katastrophe.

Von den Rückwirkungen der Wirtschaftskrise Meib: natürlich auch

die Urproduktion, die Kaolinindustrie

nicht verschont. Die gesamten Kaolinminen und Schlammereien Westböhmens sind in den Händen der Teplitzer Kaolin-A.G. vereinigt. Im Kaolinabbau trat eine große Störung ein und die Lagerbestände häufen sich außerordentlich, so daß im September auch die Hauptwerke in Teplitz und Souda stillgelegt und damit 750 Arbeiter brotlos gemacht wurden. Erst Ende Oktober wurde die Arbeit in sehr verringertem Maße wieder teilweise aufgenommen. Auch dieses Unternehmen hat in jüngster Zeit

ein Drittel der Belegschaft abgebaut.

Welche schwere Schäden unsere gesamte Volkswirtschaft durch diesen Niedergang unserer Exportindustrie erleidet, brauche ich wohl nicht auszuführen. Am meisten leidet die Kohlenindustrie, deren Inlandsabzug dadurch immer geringer wird. Auch im Bergbau sind daher Betriebsstillsetzungen, Beschäftigten und Entlassungen auf der Tagesordnung.

Keine Regierung kann Wunder wirken und die Krise der Industrien über Nacht beseitigen; aber durch eine weitsichtige Wirtschafts- und Handelspolitik ließe sich eine Milderung dieser Wirtschaftskrisen wohl erreichen. Wenn es heute bei uns Minister gibt, die die Meinung vertreten, daß wir zu viel Industrie haben, und die die wirtschaftliche Besserung nur von einer Erweiterung der Landwirtschaft erhoffen, so sind derartige Auffassungen sehr zu bedauern. Die Zukunft wird umgekehrt lehren, daß eine Besserung und Verwertung der landwirtschaftlichen Produktion nur erzielt werden kann, wenn Handel und Industrie wieder belebt werden! (Beifall.)

Ein unerhörter Geheimlaß.

Das Gesundheitsministerium eine Gefahr für die Volksgesundheit.

Wie der Karlsbader „Volkswille“ erfahren hat, erhielten in den letzten Tagen die Krankenhausesreferenten im Landesauschuß einen reservierten Präsidialerlaß zugestellt, nach dem Krankenhausesprojekte nur dann genehmigt werden dürfen, wenn zugleich auch der ganze finanzielle Aufwand für dieses Krankenhaus gesichert ist.

Was bedeutet nun praktisch dieser reservierte Präsidialerlaß? Nichts mehr und nichts weniger, als daß bei Beachtung der Weisungen jeder betriebene oder geplante Krankenhausesneubau im vornherein ad absurdum geführt werden kann. Kein Bezirk ist heute mehr in der Lage, aus eigenen Mitteln heraus den Neubau eines Krankenhauses zu bestreiten. Er ist also auf staatliche Subventionen angewiesen. Diese Subventionsanfragen aber werden nur dann erledigt, wenn ihnen zugleich auch das genehmigte Projekt beigegeben ist, denn ohne genehmigte Projekte gibt es bekanntlich keine Subventionen. Nach dem jüngsten Geheimlaß dürfen solche Projekte nur dann genehmigt werden, wenn die Mittel zum Baue eines Krankenhauses im vornherein bereit stehen.

Was nun hier die Bürokratie ausgeheckt hat, ist bildlich gesehen, eine Kacke, die im Kreise herumranzt und sich ständig in den eigenen Schweif beißt. Denn der Bezirk, der nun ein Krankenhaus bauen will, er mag es anfangen, so oder so, er wird

nicht dazu kommen, weil er entweder die Subvention, oder das Projekt nicht bewilligt bekommt.

Jeden Krankenhausesneubau einfach unmöglich zu machen,

das soll der Zweck dieses reservierten Präsidialerlasses sein.

Was die Bürokratie sich bisher schon alles in diesem Staate leisten konnte, ist zur Genüge bekannt. Das Vorbergsche, das sicher zur Krönung des ganzen dienen soll, wäre aber trotzdem nicht möglich gewesen, wenn wir an der Spitze des Gesundheitsministeriums einen Menschen stehen hätten, der sich um die Volksgesundheit tatsächlich bemühen würde. Es kann uns doch wahrhaftig niemand einzureden versuchen, daß dieser Geheimlaß ohne Wissen des Gesundheitsministeriums zustande gekommen ist. Im Gegenteil: Wer Gelegenheit hätte, die Tätigkeit des Gesundheitsministers Dr. Spina seit dem Tage, da er diese Funktion übernahm, zu beobachten, der wird uns recht geben, wenn wir sagen, daß Spina ein Mann ist, der bisher — zumindest keinen deutschen Bezirk — der sich um den Neubau eines Krankenhauses bemühte, in diesen Bemühungen auch unterstützte. Jener Passivität, deren Dr. Spina sich jaft dann befehligte, wenn er in einer Spitalsfrage eingreifen mußte, läßt in uns den Verdacht aufkommen, daß der vorerwähnte Geheimlaß nicht ohne seine Kenntnis zustande gekommen ist.

Budget vom Senat genehmigt.

Prag, 18. Dezember. Nach viertägiger Debatte nahm heute der Senat gegen Abend den Staatsvoranschlag für 1932 und das Finanzgesetz unter Ablehnung aller Abänderungsanträge unverändert in beiden Lesungen an. Sämtliche hierzu eingebrachten Resolutionen wurden dem Budgetauschuß zugewiesen, der sie nach einer Prüfung an die zuständigen Ministerien weiterleiten soll.

In der heutigen Debatte, in der sich u. a. ein scheidender Agrarier der Gendarmen von Freiwaldau wärmstens annahm und gewisse Parteien beschuldigte, daß sie gar kein Mitleid mit den verwundeten Gendarmen an den Tag gelegt hätten, sprachen für unsere Fraktion Genosse Fuß und Genosse Niehner, der ein Schlußreferat aus der Debatte zog und die Entschlossenheit unserer Partei betonte, in dieser schweren Zeit die Arbeiter vor dem Zusammenbruch zu schützen, sei es nun in der Regierung oder außerhalb derselben. Wir werden einen ausführlichen Auszug dieser Rede noch nachtragen.

Am 7 Uhr abends fand eine zweite Sitzung statt, in der nach kurzer Debatte auch die Zündmittelsteuer und die Eüstierung des Protogesezes in beiden Lesungen angenommen wurde.

Eine dritte Sitzung nahm die Zuweisung des inzwischen auch im Senat aufgelegten Mieterschutzprovisoriums an den sozialpolitischen Ausschuß vor, der die Vorlage noch am Abend annahm.

Die morgige Plenarsitzung, die um halb 11 Uhr beginnt, wird noch den Mieterschutz und die Elektrifizierungsvorlagen erledigen. Ueber die weiteren Dispositionen ist noch nicht entschieden.

Der Geist des Dritten Reichs

spricht aus einem Feuilleton des „Tag“, dessen wissenschaftliche Stellen zitiert und an den Pranger gestellt seien, da jede Polemik, die solcher Leistung zu gebührender Erwiderung verhilft, einem unmöglichen Pöbelgesetz zufolge mit einer Niederlage für uns enden müßte. Jeder Leser wird sich ohne Mühe selbst den Reim auf die Produktion des „Tag“ machen und wissen, was dem Verüber der Niedertracht, der sich schamhaft Sixtus nennt, als Antwort gebührt. Hier der Geisteszerrütt des Dritten Reichs:

Die Tante aus Drohobycz.

Für deutsche Leser ist es immer eine ergötzliche Stunde, wenn sich Zionisten mit ihren sozialdemokratischen Kassegenossen in den Haaren liegen. Dann spielt die „Tante aus Drohobycz“ eine ständige Rolle. Die jüdisch-nationalen bezwehlen damit die fatale Erinnerung an die jüdische Herkunft, die den „deutschen“ Arbeiterführern jüdischen Blutes in der „internationalen“ Sozialdemokratie stets wie die ausdringliche Bettelstange in dem Augenblicke erscheint, wenn sie in „Deutschland“ machen. Diese verlegene Tante stört den jüdischen Emporkömmling, wenn er „keine arische Gesellschaft“ füttert, und den rot maskierten Redaktionsjuden, wenn er „im Namen des arbeitenden deutschen Volkes“ seinen marxistischen Stumpfsinn zusammenfubelt.

Wer die Naturgeschichte der Sozialdemokratie auf deutschem Boden genauer kennt, kann sich einer stillen Heiterkeit kaum erwehren, die ihm beim Lesen der Geschichtsbücher aus dem Heldenzeitalter unserer Internationalen überfällt. An einem runden Tisch in einem Wiener Kaffeehaus sitzen einst die Jünger des Marxismus aus allen Ländern beisammen, wie weiland die fünf Frankfurter Reichstagsräte, als beide Geschichtshelden ausgerufen, die Welt zu erobern. Da sah der Adler mit dem taxierten Titel eines Ver-

treeters der Arbeiter Oesterreichs, sein Schwager Diamant, als Messias des polnischen Proletariats, der im ungeheuren Ruhm ganz unbekanntes Porzellan-Beispiel als handfester Sprecher für 130 Millionen Russen, der Bernstein für 60 Millionen Deutsche, irgend ein jüdischer Händler für Frankreich, ein anderer für Belgien usw. Das Ganze nannte man, nebbich, einen internationalen Kongress des Weltproletariats. Irgendein jüdischer Kaffeehausliterat abonnierte sofort zum Vertreter einer Millionenfraktion von Arbeitern, wenn dies für die internationale Bekanntheit nützlich wurde. Zwischen den Zeilen der geschwollenen Redensarten aber grünte immer die Tante aus Drohobycz. ... Sonnenmann, Marx, Engels, Singer, das Frankfurter Börsenblatt — das gehörte alles, alles zur weitverzweigten Mischpoke der Bettel aus Drohobycz. Nicht anders war es im alten Oesterreich. ...

(Eingefügt sei noch, daß der Chefredakteur des „Tag“, Herr Max Karg, Mitarbeiter von jüdischliberalen Blättern ist und überdies in der Reichsgewerkschaft der Deutschen Presse einen Feldzug gegen die „unächliche Schreibweise der sozialdemokratischen Presse“ führt.)

Mährisch-schlesischer Landesauschuß.

Brünn, 18. Dezember. Heute hielt der mährisch-schlesische Landesauschuß die letzte Sitzung im Betriebsjahre 1931 ab. Zu Beginn der Sitzung teilte der Vorstand mit, daß für das Jahr 1932 neue Richtlinien für die Tätigkeit der schlesischen Kommission vorbereitet waren. Weiter wird die Zusammenarbeit der Mitglieder der schlesischen Kommission mit den Vertretungsförperschaften und mit der Landesbehörde derart geregelt werden, daß ein, eventuell zwei Mitglieder der schlesischen Kommission in die Sitzung der anderen Landeskommissionen, in denen über schlesische Angelegenheiten verhandelt wird, berufen werden. Der Landesauschuß genehmigte mehrere Bezirksvoranschläge und bewilligte verschiedene Bezirks- und Gemeindeanleihen. Der Stadt Brünn wurde die Aufnahme einer Hypothekendarlehen bis zur Höhe von 2.500.000 K und 3 Millionen K für den Bau von Finanzhäusern mit Kleintwohnungen bewilligt. Weiter wurde die Bewilligung für eine Anleihe der Stadt Brünn in der Höhe von 2 Millionen K für Kanalbauten erteilt. Bezüglich Inkommunikationsangelegenheiten wurde die Genehmigung zum Bau einer Reihe von Bezirksstraßen gegeben. Mehreren Gemeinden wurden aus der Dotation für den Bau und die Herrichtung von Gemeindevogeln Landesbeiträge ausbezahlt. Schließlich erledigte der Landesauschuß noch eine Reihe von Personalangelegenheiten.

Amerita besteht auf Zahlung.

Washington, 17. Dezember. (Tsch. P.-P.) Nach Annahme des Rotoratoriums nahm der Ausschuß des Repräsentantenhauses folgende Entschlieung an:

Hiermit wird ausdrücklich erklärt, daß es der Politik des Kongresses zuwiderläuft, irgendwelche Schuldverpflichtungen auswärtiger Länder an die Vereinigten Staaten irgendwie zu streichen oder herabzusetzen. In dieser Entschlieung darf nichts als Anzeichen einer gegenwärtigen Politik gedeutet oder als Ausdruck dafür aufgefaßt werden, daß man zu irgendeiner Zeit einen Wechsel dieser Politik in wohlwollende Erwägung ziehen würde.

Orlando leistet keinen Faschisten-Eid!

Rom, 18. Dezember. Der gewesene Ministerpräsident Orlando hat sein Amt als Professor an der juristischen Fakultät der Universität in Rom niedergelegt, weil er den Eid nicht leisten wollte, durch den er der faschistischen Partei als staatlicher Institution Treue schwören sollte.

Straßensubventionen nicht aufgebraucht?

Genosse Just über die Forderungen der Bauarbeiter.

Als der Staatsvoranschlag im Vorjahr zur Verhandlung stand, gab es Optimisten, die der Meinung waren, die Krise sei schon auf dem Tiefpunkt angelangt. Seitdem hat es den Anschein gewonnen, als ob wir uns in einer Dauerkrise befänden, aus der ein Ausweg innerhalb des Kapitalismus als unmöglich erscheint. Wir haben von Regierungsseite die Meinung, zur größten Sparsamkeit gehört; zur selben Zeit haben die Steuerrückstände einen Betrag von 4,7 Milliarden erreicht. Daran sind die Arbeiter und Angestellten selber wenig beteiligt; aber dort müßte der Hebel angelegt werden, wo großer Besitz und große Rückstände vorhanden sind.

Von großer Bedeutung ist für die Arbeiterkraft das Budget des Arbeitsministeriums; leider wurde auch diese Post um 37 Millionen gekürzt, obwohl gerade in der Krise großer Wert darauf gelegt werden muß, die aus den privaten Betrieben ausgeschiedenen Arbeiter wenigstens bei Straßen- und Wasserregulierungsbauten unterzubringen. Unsere Straßen sind so leinwegs in bringen. Unsere Straßen sind so leinwegs in bringen. Unsere Straßen sind so leinwegs in bringen. Unsere Straßen sind so leinwegs in bringen.

daß die präliminierten Beiträge des Straßensfonds nicht aufgebraucht werden, wie dies heuer der Fall sein soll!

Wie sieht es heute in dem übergroßen Teil der Arbeiterfamilien aus? Not und Elend sind ungemessen groß, nicht nur im Erzgebirge und in den Böhmerwaldgebieten, sondern auch in unserem Adlereggebirge. In besseren Zeiten wanderten dort Hunderte in die benachbarten Industriebezirke aus, aber wohin sollen sie heute? Die Landwirtschaft wirkt auch nicht viel auf; die Heimindustrie liegt darnieder. Daß unter solchen Umständen Menschen noch vegetieren können, ist zu-

weilich ein Wunder. Das Brot ist dort fast zur Seltenheit geworden, Kaffee ebenfalls, weil man dazu Milch braucht, und so leben die Kinder der Armen von einer dünnen Suppe und Kartoffeln.

Nedner bemängelt dann, daß die Bauarbeiter von der Krisenunterstützung bisher ausgeschlossen sind. Heute gibt es viele Bauarbeiter, die schon seit Juli oder August arbeitslos sind; ihre Unterstützung ist bereits erschöpft und sie stehen mitten im Winter mit leeren Händen ohne Arbeit und Unterstützung da. Es ist darum höchste Zeit, daß auch den Bauarbeitern die Krisenunterstützung für weitere 13 Wochen zurkannt wird.

Weiters fehlen an den Bauten die Vertrauensleute. In allen Betrieben mit mehr als 30 Arbeitern gibt es Betriebsausschüsse, die Bauarbeiter haben sie nicht. Auch ist die Bestellung eines sachkundigen Beamten aus dem Kreise der Bauarbeiter notwendig, der die Kontrolle im Gewerbeinspektionsbezirk versehen soll. Die Posten sind ja zum großen Teil nicht Aufsichtsborgane, sondern Anreiber. Wenn dann in dieser Post auf dem Bau ein Unfall geschieht, so werden gleich die nötigen Schutzvorrichtungen — aber erst nach dem Unfall — ergänzt.

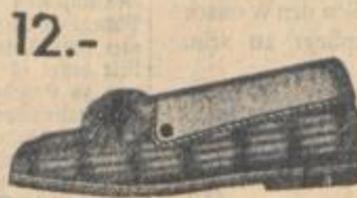
Nedner verholmet sich dann unsere Forderungen nach Schaffung eines Bauüberwachungsorgans, Erhöhung der Altersrenten und vor allem nach Arbeitszeitverkürzung, und verweist dann auf die Schädlichkeit des § 82 der Gewerbeordnung für die Arbeiterkraft. Abschließend bespricht er sich mit der Leutenot in der Landwirtschaft und stellt fest, daß dies nur eine Ausrede ist; denn auch in den landwirtschaftlichen Betrieben ist die Nationalisierung bereits weit fortgeschritten. Erst wenn der Arbeiter wieder lohnende Arbeit finden wird, dann werden auch die anderen Stände, die Landwirtschaft wie die Gewerbetreibenden, ihren Nutzen daraus ziehen. (Beifall.)

WEIHNACHT IST DA

WIR SIND BEREIT, SIE GUT, FACHMÄNNISCH UND SCHNELL ZU BEDIENEN.



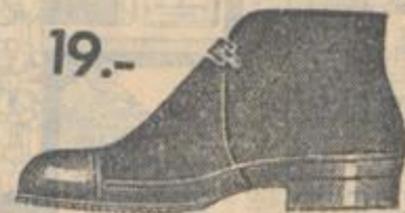
5.-
Modell 230
Für unsere Kleinsten.



12.-
Für Damen KČ 15.-, für Herren 19.-



19.-
Kühllederschuhe mit Gummisohle. Modell 3162



19.-
Kinder-Meltonschuhe
Modell 3651-37



25.-
Modell 9891-50
Unsere „Generalstiefel“

DEN KINDERN

ziehen Sie bei Schnee- und Regenwetter unsere Ganzgummistiefel an, dazu warme Wollstrümpfe für KČ 5.—, bei Frostwetter warme Meltonschuhe mit Gummi- oder Ledersohle, für Eislauf und Rodeln Dullboxschuhe mit Kernledersohle zu KČ 39.—. Daheim warme Hausschuhe. Ihre Kinder werden den ganzen Winter hindurch froh und gesund sein.



15.-
Modell 1255-31
Gabardine-Ueberschuhe mit warmem Wollfutter schützen Ihre Halbschuhe vor Feuchtigkeit und bewahren Sie vor Erkältung.



29.-
Pullower.
Ganzgummi-Ueberschuh mit warmem Trikotfutter. Ausserordentlich leicht und elastisch. Man kann sie sehr leicht anziehen.
Modell 1045-71



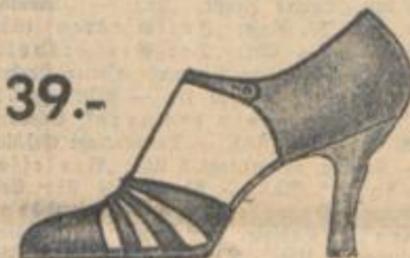
49.-
Schwarze oder braune Ganzgummi-Ueberschuhe mit warmem Futter. Klettverschluss, ausserdem verschiebbare Schnalle.
Modell 1875-98



15.-
Modell 7815-61
Damengaloshen für Kot- und Regenwetter. Den für sie ausgelegten Betrag ersparen Sie an Ihrem Schuhwerk. Für Herren KČ 19.-, für Kinder KČ 9.- und KČ 15.-



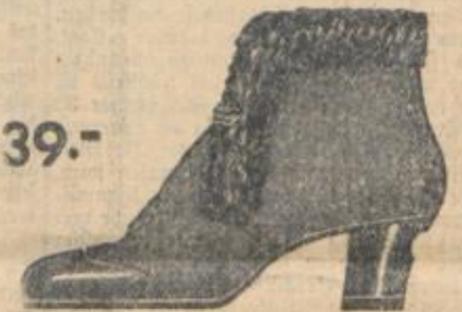
29.-
Modell 3925-03
Schnür-Halbschuhe aus schwarzem Boxcalf mit dauerhafter Gummisohle. Für den täglichen Gebrauch geeignet. Boxcalf mit Ledersohle KČ 39.-



39.-
Gloth 19.-, Atlas, Brokat KČ 29.- Crêpe - de - Chine KČ 39.-, Lack KČ 49.



49.-
Das zweckmässigste Weihnachtsgeschenk. In unserer geschmackvollen Geschenkpackung sind sie eine angenehme Überraschung unter dem Weihnachtsbaum. Während des ganzen Winters können Sie diese zum Tanz und in die Gesellschaft tragen.



39.-
Modellschuhe mit Schaffeliverbrämung. Ledersohle, halbhohler Absatz. - Eleganz, warm, praktisch und billig.
Modell 2055-10

Überraschen Sie Ihre Lieben mit einem Paar warmer Schuhe. Besichtigen Sie unsere Schaufenster, Sie finden in diesen die praktischsten Geschenke für jedes Familienmitglied. Schöne, geschmackvolle Geschenkpackungen, die jedermann erfreuen und zufriedenstellen. Ausser Schuhen führen wir eine Reihe von Strumpf- und Sockenkollektionen.



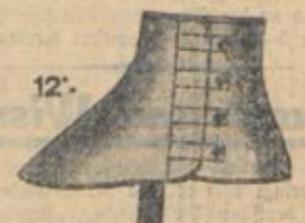
15.-
Modell 9807-67
Unser neues Modell von Herrengaloshen, leicht und bequem. Sie schützen den Fuss vor Feuchtigkeit.



39.-
Modell 4837-00
Spezielle Tanz-Halbschuhe, ausserordentlich leicht und elastisch. In der Tansaison unentbehrlich.
M-192



49.-
Modell 1937-22
Schwarze Halbschuhe mit äusserst dauerhafter Gummisohle. Wegen des niedrigen Preises für jedermann erschwinglich.



12.-
Im Winter tragen Sie zu den Halbschuhen unsere Stoff-Gamaschen.

Ein Weihnachtsgeschenk von uns ist zweckmässig und erfreut.



39.-
Modell 1367-33
Herren-Gabardinüberschuhe mit warmem Trikotfutter. Aus Ganzgummi mit Reissverschluss KČ 49.-



59.-
Modell 3967-22
Herren-Schnürschuhe aus dauerhaftem Boxcalf mit Gummisohle und Absatz.



69.-
Modell 9977-27
Schnürschuhe aus schwarzem Boxcalf mit starker Krouponledersohle. Dasselbe Modell aus geschmeidigem Boxcalf KČ 39.-

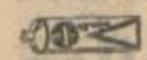
- Schnürsenkel 5 Paar KČ 1.-
- Schuhcreme KČ 2.-
- Putzlappen KČ 2.-
- Spange für Halbschuhe ab KČ 2.-
- Socken KČ 3.-
- Schuhstrecker KČ 5.-
- Sockenhälter KČ 6.-



Schuhlöffel KČ 1.-



Loofa-Einlagen KČ 2.-



Benützet unsere Schuhcreme zu KČ 2.-



SCHUHE FÜR DIE GANZE FAMILIE KČ 199.-